

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 16.06.2020
Ort: Kraftwerk e. V., Kaßbergstraße 36, 09112 Chemnitz
Zeit: 16:34 Uhr - 20:05 Uhr
stellvertretender Vorsitzender: Herr Stadtrat Maik Otto

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 14 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Holger Deckwer solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen
Frau Maria Droßel Agentur für Arbeit
Herr Karlheinz Gräwe Vertreter Amtsgericht
Frau Claudia Irrgang Vertreterin Polizeidirektion Chemnitz – Erzgebirge
Herr Thoralf Nieke Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Paul Günter Steuer Fraktionsloses Stadratsmitglied

Verspätetes Erscheinen

Herr Karl Kohlmann Ratsfraktion PRO CHEMNITZ 16:42 Uhr, TOP 4

Frühzeitiges Verlassen

Herr Sven Bader AfD-Stadratsfraktion Vertretung für Herrn Paul Günter Steuer 18:30 Uhr, TOP 5
Herr Pfarrer Holger Bartsch Vertreter evangelischer Kirchenbezirk Chemnitz 18:40 Uhr, TOP 5
Ralph Burghart Bürgermeister für Soziales, Jugend und Familie, Gesundheit, Kultur, Sport 19:33 Uhr, TOP 8
Frau Christin Furtenbacher Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 19:25 Uhr, TOP 8
Frau Nadine Köhler Vertreterin Sportjugend im Stadtsportbund Chemnitz e. V. 19:30 Uhr, TOP 8
Herr Peter Selber Richter Vertretung für Herrn Karlheinz Gräwe 19:37 Uhr, TOP 8
Frau Ute Spindler Kinder- und Jugendbeauftragte 19:19 Uhr, TOP 8

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Herr Kai Hähner	CDU-Ratsfraktion
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion
Frau Yvonne Kilian	Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)
Herr Nico Köhler	AfD-Stadtratsfraktion
Herr Martin Müller	Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz
Frau Simone Scheffler	Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.
Frau MA. Katarina Seidel	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen
Herr Peter-Joachim Wild	Stadtmission Chemnitz e. V.
Frau Dr. Sandra Zabel	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

stellv. stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Herr Andreas Töpfer	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen	Vertretung für Herrn Holger Deckwer
---------------------	--	---

beratende Ausschussmitglieder

Frau Gunda Georgi	Leiterin des Amtes für Jugend- und Familie
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Gabriele Käschel	Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schule und Bildung
Herr Albert Krottenthaler	Don Bosco Jugendhaus – Vertreter katholische Gemeinde
Frau Petra Thumser	Vertreterin AG Stadtelterrat Kindertageseinrichtungen

sachkundige Einwohner

Herr Oliver Sachsze
Herr Dustin Straßberger

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Katrin Bogun	Sachgebietsleiterin 51.22
Frau Sylvia Hemmann	Jugendhilfeplanerin 51.1
Frau Madeleine Parmann	Sachbearbeiterin 51.01
Frau Kathrin Schäfer	Abteilungsleiterin 51.3
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Frau Ramona Seidel	Abteilungsleiterin 15.4
Frau Heike Steege	Abteilungsleiterin 51.4
Frau Anette Stolp	Abteilungsleiterin 51.2

Schriftführerin

Frau Carolin Müller
Sachbearbeiterin 15.4
*(Die Niederschrift wurde gefertigt durch
Frau Nicolaus Mitarbeiterin 15.4)*

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion)** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 12.05.2020
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung vertagt.

- 4 Einführung in Rechtsgrundlagen und Verfahren bei der Gewährung von Hilfen zur Erziehung
Berichterstatlerin: Gunda Georgi, Amtsleiterin Jugendamt
-

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation zum Thema Hilfen zur Erziehung. Sie geht dabei auf gesetzliche Grundlagen, Hilfearten, Mitwirkungen, Prozessbeschreibungen und das Controlling ein.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e. V.) vergewissert sich, ob es immer eine Einzelfallentscheidung sei, welche nicht pauschal vorweggenommen werden könne. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** bejaht dieses.

- 5 Vorstellung des Maßnahmenplanes zur Kostendämpfung der Hilfen zur Erziehung
Berichterstatler: Kathrin Schäfer, Madeleine Parmann, Jugendamt
-

Frau Parmann (Controlling Jugendamt 51.01) und **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** erläutern anhand einer Power-Point-Präsentation den Maßnahmenplan zur Kostendämpfung der Hilfen zur Erziehung. Sie gehen dabei beispielsweise auf die Entwicklung des Budgets Jugendhilfe, der Fallzahlen und der Entgelte sowie auf das Gesamtziel und Teilziele ein.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) möchte wissen, ob von Seiten des Amtes Steigerungen von 2018 auf 2019 bereits eingeplant worden sind und wie hoch die Steigerung tatsächlich gewesen ist. Zu den Tarifen fragt er, ob die Träger sich an diese angeglichen haben. Des Weiteren fragt Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion):

- Wie es sein könne, dass eine unbefristete Bewilligung stattfand, wenn diese eigentlich nur befristet sein solle.

- Inwieweit die Maßnahmen vom letzten Jahr kostendämpfend gewirkt haben
- Wie der Ablauf bei einem neuen Fall sei.
- Ob der Träger Personal „vorrätig“ habe, welches bei erhöhten Fallzahlen eingesetzt werden kann oder ob es dann zu einer Absicherung durch Fremdleistungen komme.
- Wenn der Träger Personal vorrätig habe und das gleiche Personal mehr Fälle bearbeite, wie die Qualität unter Umständen leide und wie zu den gleichen Sätzen abgerechnet werden könne.

Frau Parmann (Controlling Jugendamt 51.01) erklärt, dass man die Fallzahlensteigerungen von 2018 zu 2020 dargestellt habe, um darzulegen, dass Fallzahlsteigerungen aus den vergangenen Jahren in den Folgejahren fortwirken. Somit habe man in den nächsten Jahren einen Kostenaufwuchs. Bei den Zwei-Jahres-Planungen werden Fallzahlsteigerungen eingeplant. Dabei werden Erfahrungswerte aus den Vorjahren zugrunde gelegt. Sie sagt zu den Tarifen, dass die Entwicklung noch nicht am Ende angekommen sei und noch Unterschiede zwischen den freien Trägern und den kommunalen Trägern bestehen.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) ergänzt, dass man die Tarifsteigerungen nicht in dem Maß eingeplant habe, wie sie dann schlussendlich erfolgt sind. Ebenso fehlten die gesetzlichen Änderungen zu den Standards. Die neuen Verwaltungsvorschriften des Landes hatten somit erhebliche Auswirkungen. Sie führt fort, dass auch die Sicherheit im Kinder- und Jugendnotdienst nicht enthalten gewesen sei.

Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3) erklärt, dass man gegenüber den Personensorgeberechtigten für ein Jahr die Hilfe zur Erziehung bescheidet. Im Hilfeplan werden dann die Ziele mit den Eltern besprochen. Wenn dann die geeignete Hilfe ausgewählt wurde, werde gemeinsam mit der Einrichtung und dem Träger geschaut, was jeder dazu beitragen könne. In diesem Prozess ändere sich viel. Man hatte bereits die Maßnahme der Hortintegration vorgestellt, welche in den Bereich der Eingliederungshilfe nach § 35 a falle. Diese Maßgabe wurde beispielweise im alten Maßnahmenplan vollzogen. Es sei trotz Corona umgesetzt worden. Die Einschätzungen könnten in einem der nächsten Ausschüsse vorgestellt werden. Nichts destotrotz wurden Maßnahmen gebündelt und fließen zum Teil hier ein.

Frau Parmann (Controlling Jugendamt 51.01) beantwortet die Frage zu der Auswirkung auf das Entgelt wenn kostenseitig zusätzliche Plätze geschaffen werden. Generell sei das Verfahren so, dass Kapazitätserweiterungen dem Betriebserlaubnisverfahren unterliegen. Das heißt, das Landesjugendamt entscheidet über den Mindeststandard im stationären Bereich, über die Ausstattung an Personal. Eine Erhöhung des Personals mache sich im Entgelt bemerkbar, müsse sich aber nicht dahingehend bemerkbar machen, dass es teurer werde. Denn es seien dann mehr Plätze vorhanden und damit legen sich die Kosten auch auf mehr Plätze um. Teilweise hat das sogar den Effekt, dass es billiger werde. Das Thema könne im nächsten Ausschuss noch einmal vorgestellt werden

Frau Scheffler (Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.) verliest einen Brief der Träger.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) entgegnet darauf, dass man von November bis März 2020 begonnen hatte, gemeinsam mit dem Träger in einen dialogischen Prozess zu gehen um zu überlegen, wie man gemeinsam Kosten einsparen könne. Die dort erarbeiteten Ergebnisse reichten jedoch nicht aus. Die Steuerungsverantwortung liege im Jugendamt. Niemanden werde eine Hilfe verwehrt und man sehe immer den individuellen Bedarf. Des Weiteren macht sie deutlich, dass man

keinen instabilen ASD habe. Man wolle lediglich mehr steuern als vorher.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, mit welchen Zahlen man vor zwei Jahren bei den Fallzahlen kalkuliert habe. Er führt aus, dass eine Kostensteigerung bei den stationären Hilfen deutlich zu sehen war und fragt, warum man nicht bereits im Januar/Februar mit den Trägern ins Gespräch gekommen ist. Herr Stadtrat Köhler führt fort, dass es ein festgelegtes Budget gebe, wodurch es bei den Trägern keine Einschnitte geben dürfte. Fraglich sei nun, ob die Träger Einnahmeverluste zu verzeichnen hätten.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) führt aus, dass man bei der Planung der Hilfen zu Erziehung Tarifsteigerungen in Höhe von vier Prozent und Sachkostensteigerungen von zwei Prozent eingeplant habe. Damit liege man meistens über den Annahmen zu den Steigerungen im öffentlichen Dienst. Mit den freien Trägern gebe es eine Leistungs- und Qualitätsvereinbarung, mit der man den Trägern jedoch keine Platzbelegung garantiere. Bei der Verhandlung bei Leistungsangeboten habe der Träger keinen hundertprozentigen Anspruch darauf, dass man dieses in Anspruch nehme. Die Träger könnten flexibel auf Bedarfe reagieren.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt nach, ob die Fallzahlensteigerungen schon in der letzten Kalkulation mit eingepreist und ob die Steigerungen schon für den nächsten Haushalt ein kalkuliert wurden. Er sagt, dass der Brief bei den Trägern für Unsicherheit gesorgt habe und man die Sichtweise vorher hätte kommunizieren sollen. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet, dass die Fallzahlen eingeplant wurden und auch wieder bei der dezentralen Planung des Amtes eingeplant seien. Durch die Einsparungen sei keine Existenz eines Trägers bedroht. Die Träger seien flexibel und die Fachkräfte könnten auch in anderen Bereichen tätig werden.

Herr Bürgermeister Burghart erinnert an die Leitlinien der Verwaltung und sagt, dass man eine Garantie ausgesprochen habe, dass kein Träger gefährdet sei.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt die Sorge der Träger. Der Ansatz der Kostendämpfung sei zu einseitig. Eine nachhaltige Kostensenkung sei nur möglich, wenn man den ständigen Aufwuchs der Fallzahlen stoppe. Das fehle in der Vorstellung. Des Weiteren gebe es auch in anderen Bereichen der Stadt Kostensteigerungen, so zum Beispiel beim Bau. Dort solle man auch konsequenter Weise Maßnahmen zur Kostendämpfung einführen. Frau Stadträtin Furtenbacher dankt für die Stärkung der Pflegefamilien und fragt, welche Maßnahmen und Ziele dahinter stehen. Sie fragt außerdem, was aus den Ergebnissen des Modellprojekts Komplexe Hilfen geworden sei und ob diese hier mit einfließen und ob es Überlegungen gebe, dass man einen gemeinsamen Weg mit der Landesjugendhilfe suche.

Frau Parmann (Controlling Jugendamt 51.01) schildert, dass zu den Pflegefamilien in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Richtlinie Vollzeitpflege neu verabschiedet wurde und man in Richtung Pflegefamilien finanzielle Verbesserungen geschaffen habe, um weitere Pflegefamilien zu gewinnen. Man habe in Chemnitz in diesem Bereich im Vergleich zu anderen Kommunen gute Ergebnisse.

Herr Bürgermeister Burghart sagt, dass man sich um die Schwächsten kümmere und dafür 40 Millionen Euro ausbebe. Auch im Bau habe man viele Maßnahmen weggelassen um Kosten zu senken. Er stellt klar, dass keine Vernachlässigung stattfinde.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) sagt, dass man schauen müsse, wie man

die Fallzahlen eindämme. Man habe im Rahmen der Möglichkeiten viel getan, um Hilfen zur Erziehung zu vermeiden. Derzeit schreibe man die Jugendhilfeplanung fort, was auch Geld koste. Wenn man die Kosten für Hilfen zur Erziehung senke, habe man auch mehr Mittel für die Prävention zur Verfügung. Mit dem Land sei man bereits zum Thema der geschlossenen Unterbringung im Gespräch.

Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3) sagt, dass das Modellprojekt in seiner ersten Phase im August endet und man dann eine Auswertung vornehmen werde. Man habe im Rahmen des Projektes eine sehr gute Zusammenarbeit mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie und dem Schulamt entwickelt. Man habe die mündliche Zusage vom Land Sachsen erhalten, das bis Ende des Jahres das Modellprojekt weiter finanziert werde.

Herr Stadtrat Bader (AfD-Stadtratsfraktion) merkt an, dass man sparen müsse. Man müsse eine Lösung finden, damit man nicht jedes Jahr mehr Mittel ausbebe. Die Eltern hätten außerdem die Pflicht, ihre Kinder gesellschaftsfähig zu erziehen, was für ihn ein sehr wichtiger Punkt ist. Er möchte wissen, was die Stadt unternehme, um die Eltern dahingehend in die Pflicht zu nehmen. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** antwortet, dass die Stadt sich dieser Verantwortung stelle. Im Rahmen des Netzwerks Frühe Hilfen gebe es zahlreiche Angebote die Eltern unterstützen, aber auch voraussetzen, dass die Pflichten der Eltern eine Rolle spielen. Auch die Hilfeplanung in der Hilfe zur Erziehung setzt dort ein Stück weit voraus, dass die Eltern Aufgaben haben, die sie erfüllen müssen. Es gebe jedoch auch Eltern, bei denen man feststellen lassen müsse, ob diese überhaupt erziehungsfähig sind. Das habe zugenommen.

Herr Stadtrat Karl Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) möchte wissen, welche Ursachen in der Steigerung der Fallzahlen liegen und welche Entwicklung zu erwarten sei. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** entgegnete, dass die Ursachen vielfältig seien. Man habe gehäuft Familien, die viele Kinder haben. Es gebe auch Fälle in denen die Stadt Ausfallbürge sei und wo alternative Beschulungsformen in der Stadt fehlen. In diesen Fällen muss geprüft werden, wie die einzelnen Kinder zu Bildung kommen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bittet darum, dass eine Aussage zu der Bemerkung des Briefes gemacht werde, ob einige Sachen rechtswidrig seien. Er fragt, ob man in den nächsten Sitzungen nochmals auf das Thema der Prävention eingehen könne. Herr Stadtrat Otto sagt, dass man auch den Runden Tisch der Jugendhilfe wieder aufleben lassen könnte und dass es sich um ein deutschlandweites Phänomen handle. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet, dass man das Verfahren geprüft habe und dieses nicht rechtswidrig sei. Zu dem Brief selbst, werde sie sich nicht äußern, da ihr der Brief nicht vorliegt.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e. V.) sagt, dass es bei den Gesprächen der Träger eine juristische Spannung gegeben habe bei dem Thema der Einzelfallentscheidung und wie viele Fachleistungsstunden im Ermessen gegeben werden. Eine pauschale Entscheidung über einen Einzelfall sei nicht möglich. Er fragt, ob dem so sei. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** sagt, dass sie das zum ersten Mal höre und sie sich den Brief ebenfalls noch anschauen müsse. Durch den Gesetzgeber sei ein Spielraum gegeben.

Frau Seidel (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) möchte wissen, ob präventive Maßnahmen in Form der Pflegeeltern und Weiterbildungen angebracht seien. Auch im Bereich frühe Hilfen müsse man den Kindern frühzeitig helfen. Dort dürfe man nicht zu viel sparen. Sie regt an, dass man auch

andere Akteure, wie zum Beispiel das Landesamt für Schule und Bildung, mit einbeziehen sollte. Erziehung sollte mit in bestimmte Fächer eingebacht werden. Frau Seidel würde einen runden Tisch zum Thema Prävention befürworten. **Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.3)** antwortet, dass man den Pflegefamilien Weiterbildungen und Supervision, Coaching anbiete. Das werde von den Familien auch sehr gern in Anspruch genommen.

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) erachtet die Aussage, dass sich die Eltern aus der Verantwortung nehmen würden, als unangemessen. Viele Eltern gelinge es nicht, sich den Aufgaben zu stellen, wie sie es müssten. Sie sieht es kritisch an den Stellen, bei denen man dabei unterstützt, Kürzungen vorzunehmen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet den Ansatz gut, dass man das Gesparte für die Prävention verwenden wolle.

Herr Müller (Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz) spricht sich auch für den Runden Tisch Prävention aus. Er sieht eine Spannung zwischen innovativen neuen Projekten und den finanziellen Zwängen.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) sagt, der Begriff der Rechtswidrigkeit beziehe sich letztendlich auf die Einschätzung der Unterzeichner, dass künftig pauschalisierte und bedarfsunabhängige Einordnungen vorgenommen werden. Er glaubt, dass man heute deutlich gehört habe, dass das nicht der Fall sei. Insofern würde die Rechtswidrigkeit definitiv nicht zutreffen.

- Sitzungspause von 18:28 Uhr bis 18:50 Uhr-

6 Beschlussvorlage an den Jugendhilfeausschuss

Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für das Bauvorhaben „Elektroinstallation und Erneuerung Aufzüge“ im Objekt Kindertageseinrichtung Ernst-Enge-Straße 4
Vorlage: B-131/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) führt in die Vorlage ein.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, ob die Maßnahme dingend sei, ob die Aufzüge ohne Funktion seien und ob keine Förderung im nächsten Jahr möglich sei, da es sich um ein städtisches Haus handle. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet, dass die Aufzüge verschlissen seien und ständig ausfallen. Wenn man eh in der Kita saniere und die Elektrik erneuere, dann könne man das mit erledigen.

Frau Bogun erklärt, dass man für das Jahr 2021 bisher nur Mittel der Stadt eingestellt habe, da man noch nicht wisse, welche anderen Mittel es zur Förderung gebe. Diese Maßnahme sei erforderlich, da die Kleinlastenaufzüge mit denen dieses Jahr auch schon begonnen werde, sehr störanfällig und verschlissen seien. Weiterhin haben diese einen unheimlich hohen Bedarf an Bauunterhalt, da ständig Nachbes-

serungen vorgenommen werden müssen. Bei der Elektro- und Heizungsanlage gebe es eine Energiesparverordnung und da die Möglichkeit, dass Folgekosten im Rahmen der Betriebskosten eingespart werden können. Dies wurde bereits in den Vorjahren geplant.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) stört die Vermischung zwischen den Leistungen der Vermieter und Mieter. Bei anderen Trägern werde da eine strikte Trennung gezogen und hier werde es mit hinein gerechnet. Er möchte wissen, warum es keinen Eigenteil gebe.

Frau Bogun sagt, dass die Gestaltung der Mietverträge mit kommunalen Trägern den marktüblichen Bedingungen entspreche. Man könne mit dem Mieter freie Vereinbarungen treffen. Das betreffe auch die Maßnahmen zur Instandhaltung. Das werde in jedem Gewerbemietvertrag so gehandhabt. Hier habe man städtische Objekte, weshalb geregelt sei, dass kleinere Instandsetzungsmaßnahmen dem Mieter laut Mietvertrag übertragen werden.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass das Problem sei, dass es eine Rahmenfinanzierungsvereinbarung gebe, in der stehe, dass die privaten Vermieter reichlich vier Euro pro Quadratmeter bekommen. In dem Bereich sei sowas dann irgendwann nicht mehr Kostendeckend. Wenn ich dann solche Vermischungen wie in dem Bereich mache, dann sei das nicht mehr vergleichbar.

Frau Stolp sagt, dass das Thema Rahmenvereinbarung auf anderen Ebenen diskutiert werde und es dazu auch eine Unterarbeitsgruppe gebe. Da es sich um ein kommunales Objekt handle, sei die Stadt auch für die Instandsetzung verantwortlich. Bei der Elektroanlage spiele auch die Sicherheit eine große Rolle. Da diese nicht mehr gewährleistet sei, müsse man handeln.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) möchte wissen, aus welchem Budget das Geld komme. Wenn das Dezernat 6 die Vermietung betreuen würde, müsse auch das Geld für solche Maßnahmen verwendet werden und nicht aus der Jugendhilfe. Eine Vermischung dürfe nicht erfolgen. **Frau Stolp** sagt, dass die fachliche Zuständigkeit für die Objekte der freien Träger, die der Stadt Chemnitz gehören, im Moment beim Jugendamt liege, aber vom Gebäudemanagement und Hochbau betreut werden. Das Liegenschaftsamt ist nicht Eigentümer der Objekte. Es übernehme nur die Gestaltung der Mietverträge. Die Objekte seien bei den Ämtern eingewiesen.

Beschluss B-131/2020

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für das Bauvorhaben „Elektroinstallation und Erneuerung Aufzüge“ im Objekt Kindertageseinrichtung Ernst-Engel-Straße 4 für das Jahr 2020 eine Zuwendung in Höhe von 80.000 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
Ja 12 Nein 0 Enthaltung 1

7 Beschlussvorlage an den Stadtrat

Betreibung der neuen Kindertageseinrichtung Am Heim 15a in Trägerschaft der Stadt Chemnitz

Vorlage: B-147/2020

Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) führt in die Vorlage ein.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, ob das mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar wäre und ob es rechtlich in Ordnung wäre, das wieder zurück zu holen. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet, dass man ein paritätisches Verhältnis halten wolle und man mit diesem Beschluss den ursprünglichen Beschluss aufhebe und somit keine rechtlichen Bedenken bestehen.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) merkt an, dass die Außenwirkung nicht gut sei, da die Heim gGmbH eine hundertprozentige Tochter der Stadt Chemnitz ist. Er fragt, ob man die Einrichtung vorübergehend als kommunale Kita betreiben könne und dann perspektivisch nochmal für freie Träger ausschreibe. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** entgegnet, dass die Option bestehe. Nun erfolge ein Personalübergang nach § 613a BGB. Die Frage sei, ob man den Mitarbeitern dann zumute innerhalb kurzer Zeit wieder den Träger zu wechseln.

Herr Töpfer (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) möchte wissen, ob in den Vertragsgestaltungen in der Regel so viel Zeit eingeplant wird, das der Träger die Kita noch so lange betreiben muss, bis dann die neue Ausschreibung sachgerecht durchgeführt werden kann. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet, dass das von der Situation abhängig sei. Wenn beispielsweise die Betriebserlaubnis aufgrund von Personalmangel entzogen werden soll, sei der öffentliche Träger per Gesetz verpflichtet die Einrichtung zu übernehmen. Ansonsten sei es so, dass mit den Trägern eine Rahmenvereinbarung geschlossen werde, in welcher die Kündigungsfristen vereinbart sind. Die Kündigungsfrist sei immer der 30.06. zum Jahresende. Allerdings kann man eine Rahmenvereinbarung auch im beiderseitigen Einvernehmen anderweitig auflösen. Man müsse einfach gucken, dass ein Verfahren gefunden werde, damit das in der Zukunft nicht vermehrt passiert.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) spricht sich dafür aus, dass man die Einrichtung selbst betreibe, da man diese auch gebaut habe. Die Frage, ob man diese oder eine andere Einrichtung wieder heraus gibt, kann man ja zu gegebener Zeit noch einmal diskutieren.

Der Jugendhilfeausschuss stimmt der Beschlussvorlage B-147/2020 einstimmig zu (Ja 12 Nein 0 Enthaltungen 1) und empfiehlt dem Stadtrat die Vorlage zu beschließen.

8 Beschlussantrag an den Jugendhilfeausschuss

Interessenbekundungsverfahren eines Projektes zur Förderung der ökologischen Bildung und Nachhaltigkeit im Rahmen der außerschulischen Bildung
Vorlage: B – 060/2020
Einreicher: Katarina Seidel,
Holger Deckwer, Yvonne Kilian

Frau Seidel (Abteilungsleiterin 15.4) teilt mit, dass eine Änderung zum ursprünglichen Antrag eingebracht wurde. Das Projekt sollte kostenneutral sein. Sie ergänzt, dass freie Träger der Jugendarbeit sich darauf berufen können und Projekte dahingehend planen könnten, sobald diese in der Präventionsdatenbank aufgenommen wurden.

Frau Seidel (Abteilungsleiterin 15.4) stellt den Beschlussantrag vor.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) teilt mit, dass er der geänderten Be-

schlussfassung positiv gegenüber steht, da seiner Ansicht nach das Ziel des Projektes hierdurch deutlicher wird. Er geht nun auf die Stellungnahme der Verwaltung und dem Wortbeitrag von Herrn Müller ein.

Herr Hähner legt seine Bedenken zur aktuellen Situation in der Jugendhilfeland-schaft dar, hofft jedoch, dass es die Möglichkeit gibt solche Projekte in bestehende Projekte zu integrieren.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) schlägt vor, über den Antrag im kommenden Jahr neu zu beraten.

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) wirbt für das Projekt und weist darauf hin, dass der Schwerpunkt der sächsischen Kenia – Koalition Ökologie und Weltoffenheit umfasst und dies im Koalitionsver-trag verankert wurde. Sie schlägt vor, die dadurch vorhandenen Ressourcen auch für die regionale Jugendarbeit zu nutzen.

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bittet um Vorlage des Änderungsantrages.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) gibt zu bedenken, dass die Maßnahmenpla-nung bereits erfolgt. Die Stellungnahme der Verwaltung würde darauf verweisen, dass mit der Antragstellung vom 31.05. das Verfahren bereits abgeschlossen sei. Der Beschluss für das Jahr 2021 sei daher so nicht mehr möglich. Weiter teilt er mit, dass die Maßnahmenplanung bereits läuft und der Unterausschuss Jugendhil-feplanung dazu berichten wird.

Er bittet um den genauen Wortlaut des Beschlusstextes und um eine Erläuterung, wie die Umsetzung für 2021 klappen kann.

Herr Stadtrat Karl Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) begrüßt das Anlie-gen und stellt die Frage in den Raum, ob es möglich ist, auf vorhandene umwelt-bewusste Organisationen zurück zugreifen, um nicht neue Kosten zu verursachen.

Frau Käschel (Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schu-le und Bildung) informiert darüber, dass sie in ihrer Schule auf die finanzielle För-derung der Ganztagsangebote zurückgreift. In den vergangenen Jahren und auch in diesem Jahr, gab es die Schwierigkeit die vorhandenen finanziellen sehr hohen Mittel einzusetzen, da es an Personal dafür fehle. Sie verweist darauf, dass die einzelnen Schulen für die Ganztagesangebote die finanziellen Mittel aus dem Kul-tusministerium nutzen könnten und die vom Jugendhilfeausschuss bereitgestellten Mittel gegebenenfalls nicht nötig seien. Sie fügt hinzu, dass die Annahme der An-gebote auch auf das Interesse der Schüler angewiesen sei. Das Projekt könnte sie ihren Kollegen anbieten.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) greift nochmal die Stellungnahme der Verwaltung auf und zieht den Schluss, dass die Begründung der Verwaltung zum Antrag schlüssig sei, der Bewerbungszeitraum für das konkrete Vorhaben be-reits abgeschlossen sei und daher keine Beschlussfassung erfolgen könne. Er verweist auf die bisher zusammengetragenen Sachverhalte zum Projekt und hofft, dass diese bis zum kommenden Jahr überdacht werden.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) zieht den Schluss, dass allen Anwe-senden das Thema wichtig sei. Sie schlägt dem Antragsteller vor, das Thema in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung einzubringen und diesen dort, wenn mög-lich, mit allen zu beraten.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stimmt dem Vorschlag von Frau Kempe zu. Es bestünde so auch die Möglichkeit weiterer Ideen, zum Beispiel zur alternativen Mittelherkunft, zu entwickeln und zu besprechen. Er gibt zu bedenken, dass die Abrufung der Mittel gemäß §§ 11 bis 16 höchstwahrscheinlich nicht zum Erfolg führen könnte. Er verweist auf die Idee von Frau Käschel zur alternativen Mittelherkunft. Zudem fügt er hinzu, dass eine heutige Beschlussfassung des Antrages nicht zielführend sei.

Frau Seidel (Abteilungsleiterin 15.4) gibt an, dass es sehr wichtig sei, dass das Angebot mit in die Präventionsdatenbank aufgenommen werden muss, damit die Träger der Jugendarbeit dieses auch als Begründung für ein neues Angebot nutzen könnten.

Ziel sei es, das Projekt und die Verfügbarkeit der Mittel hierfür in die Präventionsdatenbank mit aufzunehmen. Sie geht davon aus, dass das Projekt auf gute Resonanz bei den Kindern und Jugendlichen stoßen könnte, da das Thema Umweltschutz sehr aktuell sei.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) hält es für günstig, dass für die Präventionsdatenbank auch ein konkretes Projekt mit aufgenommen würde.

Frau Seidel (Abteilungsleiterin 15.4) entgegnet ihm, dass sie bereits konkrete Projekte vorliegen habe.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) teilt mit, dass konkrete Projekte möglichst in der Präventionsdatenbank zu finden sein sollten und diese dann über die Mittel für Ganztagesangebote finanziert werden könnten.

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) sichert zu, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sich mit dem Antrag genauer beschäftigen werde und gemeinsam nach neuen Geldmitteln geschaut werden solle. Wichtig sei es, dass das Thema weiterhin präsent bleibe.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt zu, die Aussagen in einen Geschäftsordnungsantrag zusammenfassen, da dieser für den Verweis zum Unterausschuss Jugendhilfeplanung erforderlich sei.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stimmt Herrn Köhler zu, wenn der Antragsteller dies so wolle. Alternative sei, dass der Antragsteller den Antrag zurückzieht.

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) stimmt als Antragstellerin dem Verweis in den Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu.

Abstimmungsergebnis: 12 Ja – Stimmen 0 Nein – Stimmen 0 Enthaltungen

Die Vorlage wird zurückverwiesen.

9 Beschlussanträge an den Stadtrat

9.1 Finanzausstattung von Kindertagesstätten
Vorlage: BA-039/2020 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft
DIE LINKE/Die PARTEI

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) bittet darum den soeben gesagten Satz bezüglich der kommenden Rahmenvereinbarung ins Protokoll aufzunehmen, damit deutlich wird, dass es sich hier um ein Versprechen handelt. Sie zeigt sich besorgt um die Geduld der freien Träger, sollte die Rahmenvereinbarung nicht zum 01.01.2021 in Kraft treten.

Zudem bittet sie ins Protokoll aufzunehmen, dass die Sachkostenbezugsgröße um 10% erhöht werden soll.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) betont, dass sie als Amtsleiterin kein Versprechen darüber abgeben kann, dass die Rahmenvereinbarung genehmigt wird. Sie kann nur zu sichern, dass die Vorlage der Rahmenvereinbarung erstellt wurde und der Verwaltungsspitze vorgelegt werden könne.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) merkt an, dass die Stellungnahme der Verwaltung bereits vom 18.02.2020 sei. Sie teilt nicht die Ansicht, die Zusage zur Rahmenvereinbarung als Versprechen zu Protokoll zu nehmen, geht jedoch aber davon aus, dass das Thema wieder aufgegriffen werden soll.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) teilt seine Besorgnis darüber mit, dass derzeit nicht sicher sei, ob die Kommunen etwas aus dem Hilfspaket erhalten werden, um Einnahmeausfälle ausgleichen zu können. Die Situation sei unklar und daher auch schwierig. Er könne die Kritik der freien Träger nachvollziehen, dass Gelder eingespart wurden, aber die Differenz nicht ausgeglichen wurde. Er bittet um Abstimmung, da der Antragsteller diese dennoch wünscht.

Abstimmungsergebnis: 1 Ja – Stimme 7 Nein – Stimmen 4 Enthaltungen

Der Beschlussantrag wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen

9.2 Sachkosten Kindertageseinrichtungen

Vorlage: BA-016/2020 Einreicher: Jugendhilfeausschuss

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e. V.) bedankt sich bei der Stadt für die fachliche Unterstützung zur Herstellung der Rechtssicherheit während der Akutphase der Corona – Pandemie.

Herr Wild teilt mit, dass wichtige Anträge, welche mit Kosten verbunden sind, vorübergehend von der Tagesordnung genommen werden. Dies würde den Antrag auf Dynamisierung der Fördermittel und den Antrag auf 10% Erhöhung der Sachkosten. Herr Wild schlägt vor letzteren Antrag nicht zur Abstimmung zu bringen.

Herr Wild stellt die konkrete Anfrage an das Jugendamt, ob die neue Rahmenvereinbarung zum 01.01.2021 in Kraft treten wird und wie der Bearbeitungsstand hier ist. **Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt)** antwortet darauf, dass die Rahmenvereinbarung in einer Arbeitsgruppe erarbeitet wurde und nunmehr fertiggestellt und mit allen abgestimmt sei. Es sei geplant die Rahmenvereinbarung noch in diesem Jahr in den Jugendhilfeausschuss und anschließend zur Beschlussfassung in den Stadtrat zu geben.

Sie gibt jedoch zu bedenken, dass dies ein Vorgriff auf den Haushalt sei, der erst im März 2021 beschlossen würde. Eine Umsetzung sei daher nicht sicher, jedoch wurden entsprechende Haushaltsmittel in der dezentralen Haushaltsplanung eingestellt.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) entgegnet Frau Georgi, dass die 10%

Mittel unstrittig seien und diese bereits in 2020 hätten kommen sollen. Er erfragt, wann mit dem Haushaltsentwurf seitens der Kämmerei gerechnet werden könne und ob die Kosten dann bestätigt würden.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) teilt mit, dass am vergangenen Freitag 12.06.2020, der Stichtag zur dezentralen Mittelbeantragung war und die Daten bereits übermittelt wurden. Die unterschiedlichen Summen der beiden Aufstellungserlasse ergäben sich aus den veränderten Kinderzahlen, Sachkosten und Tarife. In der dezentralen Haushaltsplanung wurde demnach eine geringere Summe eingestellt.

Sollte es Änderungen geben, sei dies nicht mehr Sache des Jugendamtes.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bedankt sich bei Herrn Wild für sein vorrausschauendes Denken bezüglich der Haushaltsplanung der Stadt Chemnitz. Er geht davon aus, dass der Antrag weiterhin behandelt würde und versucht werde diesen möglichst umzusetzen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) bittet um Abstimmung, ob der Antrag aufrechterhalten und damit beim Stadtrat eingereicht werden soll.

**Der Beschlussantrag wird nicht zur Beschlussfassung empfohlen
Die Abstimmung erfolgt per Handzeichen.**

Ja – 1 Nein – 8 Enthaltungen – 3

Die Vorlage wird zurückgezogen.

10 Verschiedenes

10.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Seidel (Abteilungsleiterin Abt. 15.4) informiert über offene Fragen bezüglich der Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses.

Zum einen sei die Frage zu klären, wie die beratende Mitgliedschaft des Netzwerkes e.V. hinsichtlich § 6 der Satzung des Jugendamtes zu behandeln ist. Zum anderen sei die Frage zu klären, wie sich der Austritt von Herrn Stadtrat Steuer aus der AfD Stadtratsfraktion als stimmberechtigtes Mitglied auf seine Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss auswirkt. Zur Klärung dieser Fragestellungen wurde im Vorfeld die Rechtsaufsichtsbehörde der Landesdirektion einbezogen, welche nun auch ihre Auffassung übermittelte. Die Geschäftsstelle des Stadtrates hat gemeinsam mit dem Rechtsamt über die praktische Umsetzbarkeit der Auffassung beraten.

Frau Seidel unterrichtet den Jugendhilfeausschuss darüber, dass der Austritt von Herrn Stadtrat Steuer aus der AfD Stadtratsfraktion als stimmberechtigtes Mitglied, keine Auswirkungen auf die Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses habe. Die Besetzung des Jugendhilfeausschusses richte sich ausschließlich nach § 71 SGB VIII in Verbindung mit dem Landesjugendhilfegesetz. In § 4 Abs. 2 Landesjugendhilfegesetz wird normiert, dass die stimmenberechtigten Mitglieder für die Wahlzeit der Vertretungskörperschaft, also für die Wahldauer des Stadtrates, von dieser gewählt werden. Sie üben ihre Tätigkeit bis zur Neuwahl des Jugendhilfeausschusses aus, unabhängig der Fraktionszugehörigkeit, sondern allein basierend auf der Zugehörigkeit als Mitglied im Stadtrat. Die Stärke der Fraktionen spiele hier keine Rolle. Auch die Wahl eines Ersatzmitgliedes ist hier nicht erforderlich, da kein Ausscheiden aus dem Stadtrat vorliegt. Herr Stadtrat Steuer bleibt somit weiterhin stimmberechtigtes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Frau Seidel führt nun die Ausführungen der zweiten zu klärenden Mitgliedschaft aus. Es gäbe eine wesentliche Neuerung für beratende Mitglieder im Jugendhilfeausschuss im Landesjugendhilfegesetz. Die Mitgliedschaft erfolgt demnach nicht per Wahl, sondern wird von den örtlich zuständigen Stellen bestimmt. Vergleichbar sei dies mit dem Benennungsverfahren im Stadtrat, wenn Fraktionen Ausschuss – oder Aufsichtsratsmitglieder benennen.

Frau Seidel schlussfolgert, dass es eine Klarstellung der Satzung des Jugendamtes geben müsse.

Sie weist darauf hin, dass die zwei sachkundigen Einwohner als beratende Mitglieder, vom Stadtrat zu wählen seien. Hier gäbe es keine Anknüpfung an die örtlichen zuständigen Stellen und somit keine Benennung dieser durch diese örtlichen zuständigen Stellen.

Sie kommt zurück auf die zu klärende Mitgliedschaft des Netzwerkes e.V. im Jugendhilfeausschuss. Hier entstand die Frage, ob die Satzung des Jugendamtes geändert werden müsse. Es wurde eine Einschätzung vom Rechtsamt eingeholt, welche aussagt, dass eine Mitgliedschaft ohne Satzungsänderung zustande komme. Zwischenzeitlich läge der vom Jugendamt angeforderte Personalvorschlag vom Netzwerk e.V. vor. Das vorgeschlagene Mitglied Frau Jäger könne ab der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses, also am 07.07.2020, bereits teilnehmen und sei hierzu ordentlich zu laden.

Frau Seidel sagt den Jugendhilfeausschussmitgliedern eine aktuelle Liste der Zusammensetzung des Ausschusses zu.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stellt die Frage, ob ein Stadtrat ohne Fraktionszugehörigkeit, einem Stadtrat mit Fraktionszugehörigkeit als Stellvertretung dienen könne.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) antwortet Herrn Otto, dass das Gesetz vorsieht, dass 3/5 der Mitglieder im Jugendhilfeausschuss aus den Reihen des Stadtrates bestünden, diese jedoch nicht Stadträte sein müssten. Fraktionen könnten auch Nichtfraktionsmitglieder vorschlagen.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) entgegnet darauf, dass diese Fragestellung noch nicht hinreichend geklärt sei. Ihm sei bisher mitgeteilt worden, dass die Wahl des Ausschusses sauber nach den jeweiligen Fraktionen gegliedert sein müsse.

Frau Seidel (Abteilungsleiterin Abt. 15.4) fasst die Fragestellung zusammen. Im Raum steht, ob Herr Bader weiterhin als Stellvertreter von Herrn Steuer, welcher nun im Jugendhilfeausschuss ein fraktionsloses stimmenberechtigtes Mitglied sei, fungieren kann.

Frau Seidel schlussfolgert, dass die gesetzlichen Grundlagen; Landesjugendhilfegesetz, Hauptsatzung der Stadt Chemnitz und die Satzung des Jugendamtes, dies grundsätzlich ermöglichen. Die Regelung für das stimmenberechtigte Ausschussmitglied gilt analog auch für seine persönliche Stellvertretung.

Eine Nachwahl sei erst erforderlich, wenn der persönliche Stellvertreter aus dem Stadtrat ausscheiden würde.

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erfragt, ob diese Aussage als Anhang zum Protokoll erfasst würde.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) entgegnet, dass dies in die Niederschrift mit aufgenommen würde.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) informiert die anwesenden Ausschussmitglieder darüber, dass die Personal- und Sachkosten der KiTa's heute in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin (DOB) als Informationsvorlage vorgelegt wurden. Aufgrund der Corona-Pandemie war dies nicht früher möglich. Die Informationsvor-

lage soll dem Jugendhilfeausschuss in der Sitzung am 07.07.2020 vorgelegt werden. Um die Fristen einzuhalten, wurden die Personal- und Sachkosten der KiTa's jedoch bereits im Juni im Amtsblatt veröffentlicht. Frau Georgi informiert darüber, dass dies im vergangenen Jahr aufgrund der Kommunalwahlen ebenfalls so gehandhabt werden musste. Dieses Vorgehen war mit den damaligen Jugendhilfeausschussmitgliedern abgesprochen.

10.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) erfragt, ab wann das Jobcenter und die Agentur für Arbeit wieder öffnen würden. Mit der aktuellen Schließung seien auch die Jugendberufsagentur und das Haus der Jugend geschlossen.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) antwortet, dass Frau Hemmann diese Frage schriftlich beantworten würde. Ihr selber würden aktuell keine Infos hierzu vorliegen. Ihr sei nur bekannt, dass die Einrichtung im kommenden Jahr geöffnet werden solle und derzeit in einem zur Verfügung gestellten Zimmer Beratungen durchgeführt werden könnten.

Sollte hierzu eine Diskussion gewünscht sein, könne diese in der nächsten Ausschusssitzung unter „Sonstiges“ erfolgen.

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erbitet den aktuellen Stand zum Maßnahmenplan der geplanten Erhöhung der Personalzahlen in den KiTa's.

Frau Stolp erwidert darauf, dass zum 01.06.2020 insgesamt 37 Stellen unbesetzt gewesen seien, welche aber beginnend zum 01.07.2020 bis Anfang August alle arbeitsvertraglich untersetzt seien. Es wird sich eine weitere Sicherung des Personalbestandes erhofft, wenn die Erzieherausbildung beginnt. Sie informiert darüber, dass im letzten halben Jahr der Stadt Chemnitz ca. 134 Bewerbungen vorlagen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erfragt den Stand der geplanten Information durch das Jugendamt, alle Träger anzuschreiben und über das sächsische Sonderprogramm für Vereine zu informieren.

Frau Georgi (Amtsleiterin Jugendamt) teilt mit, dass dies hoffentlich erfolgt sei. Laut Mitschrift sei dies bereits erfolgt.

- 11 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadtratsmitglieder **Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion)** bestimmt.

31.08.2020 *M. Otto*
Datum Otto
Stellvertr. Vorsitzender
des Ausschusses

07.09.2020 *Hähner*
Datum Hähner
Mitglied
des Ausschusses

02.09.2020 *Köhler*
Datum Köhler
Mitglied
des Ausschusses

02.09.2020 *Nicolaus*
Datum Nicolaus